



Menschenrechte in der Krise

23.01.2025, 21:28 Uhr

Von: Kays Al-Khanak



Wiebke Judith von Pro Asyl spricht bei der Tagung in der Aula im Uni-Hauptgebäude über die Frage, warum die menschenrechtsgeleitete Flüchtlingspolitik aktuell in der Krise steckt. © Oliver Schepp

Die zukünftige Migrationspolitik in Deutschland ist eines der großen Themen im Bundestagswahlkampf. Die Tagung der Refugee Law Clinic der Universität Gießen hätte also aktueller nicht sein können. Redner wie Wiebke Judith von Pro Asyl sprachen von einer schwierigen Zeit für Menschenrechte und forderten, den negativen Narrativen über Migration verstärkt positive Geschichten entgegenzusetzen.

In der Aula des Hauptgebäudes der Justus-Liebig-Universität Gießen sitzen am Donnerstag Menschen, die sich als Wissenschaftler, Anwälte, Richter, Ehrenamtliche oder Neugierige mit Fragen der Asyl- und Migrationspolitik auseinandersetzen oder in der Geflüchtetenhilfe aktiv sind. Es spricht Bände, wie die rund 100 Zuhörerinnen und Zuhörer auf die zwei Fragen von Wiebke Judith von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl reagieren. Wer hat Sorgen, wie sich der Wahlsieg Trumps auf die USA und global auswirken wird? Alle Hände gehen nach oben. Und wer schaut mit positiven Gedanken auf den Ausgang der Bundestagswahl Ende Februar? Alle Hände bleiben unten.

Judith wird später die Feststellung treffen, dass wir immer mehr auf eine »Krise der Menschenrechte« zusteuern. Auch einige der anderen Redner bei der Tagung der Refugee Law Clinic (RLC), eine unabhängige Rechtsberatungsstelle am JLU-Fachbereich Rechtswissenschaften, zeichnen ein düsteres Bild der aktuellen Lage in der Asyl- und Migrationspolitik. Der Diskurs hat sich verschoben: Früher, sagt Judith, habe es große Aufregung gegeben, wenn jemand das Recht auf Asyl infrage gestellt habe. Heute sei diese Position salonfähig geworden.

Die Tagung »Das neue Migrationsrecht: Zwischen Anspruch und Realität« der Refugee Law Clinic hätte aktueller nicht sein können. Neben Judith hält Prof. Stephan Hocks (RLC Gießen) einen Vortrag über die Frage, wie attraktiv das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz Deutschland als Einwanderungsland macht. Prof. Tarik Tabbara spricht über das neue deutsche Staatsangehörigkeitsrecht. In fünf Workshops diskutieren die Teilnehmenden Fragen rund um Asylfolgeanträge, Duldung, zum Spurwechsel nach Asylverfahren, Einbürgerungen und das menschenwürdige Existenzminimum für Geflüchtete. Zum Abschluss der Tagung gibt es eine Podiumsdiskussion zum Thema »Migrationsrecht in Zeiten des Populismus: Wie sollen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Behörden reagieren?«

Dieses Thema zieht sich wie ein roter Faden durch die Redebeiträge. So sagt Alexandra Obermüller, die die Tagung zusammen mit Nathalie Maurer organisiert hat, Fragen rund um Migration würden aktuell häufig im medialen und politischen Kontext aufgegriffen - aber oft auf populistische Weise. Wie Prodekan des Fachbereichs Rechtswissenschaft, Prof. Malte Gruber, betont, müssten Geflüchtete und Asylbewerber als Stellvertreter oder »Lückenbüßer« für andere Probleme herhalten.

Stephan Bitter ist Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt und Lehrbeauftragter bei der Refugee Law Clinic. Er sagt, Flüchtlingspolitik werde aktuell mit Abschottungspolitik gleichgesetzt - und nicht mit Menschenrechten. Migration werde als Gefahr dargestellt anstatt den Gewinn beispielsweise mit Blick auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel zu erkennen. Und in Bezug auf die Staatsbürgerschaft gehe es um deren Entzug, anstatt ihr Potenzial für Teilhabe und Zusammenhalt anzuerkennen.

»Die Grenzen des Sagbaren sind zulasten von Minderheiten verschoben worden«, sagt Bitter. Verantwortlich seien Akteure aus dem populistischen und nationalistischen Lager, die Ängste schüren und

mit »Kampfbegriffen« die Debatte bestimmen. Er kritisiert deshalb die »Politiker der Mitte« und Medien. Sie schafften es nicht, dem »ein anderes, rechtsstaatlich fundiertes Narrativ entgegenzusetzen«.

Doch wie klappt es, den gesellschaftlichen Diskurs über Migration wieder in vernünftige Bahnen zu lenken? Bitter fordert mehr Information und Aufklärung, sonst werde die Debatte immer in Populismus abdriften. Zudem brauche es von den handelnden Akteuren »Logik, kritische Vernunft und Empathie«, um in der Migrations- und Asylfrage solidarisch handeln zu können. Sein Tipp: Raus aus den Blasen der sozialen Medien, rein in den persönlichen Austausch, um öffentliches Diskutieren wieder konstruktiv zu machen. So sei es wichtig, Bedenken oder kritische Einstellungen nicht sofort als menschenfeindlich zu bezeichnen. So müssten beispielsweise die Sorgen von Kommunen vor einer Überlastung durch die Aufnahme von Geflüchteten ernst genommen werden. Auch die Auslagerung von Asylverfahren sollte »ergebnisoffen« diskutiert werden, auch wenn man die Meinung nicht teile.

Wiebke Judith von Pro Asyl beispielsweise sieht die in der Diskussion stehenden Aufnahmelager für Geflüchtete in Drittstaaten sehr kritisch. Die CDU beispielsweise habe diese Forderung in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen. Diese Lager seien nach der Genfer Flüchtlingskonvention und dem EU-Recht rechtswidrig, erreichten in der Praxis nicht ihr Ziel, seien dysfunktional und teuer und hätten massive Konsequenzen für die betroffenen Menschen und die Gesellschaften vor Ort. Die häufig mit Autokraten geschlossenen Deals bezeichnet die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl als »absurd«. Menschen würden wie auf einem Schachbrett hin- und hergeschoben in Länder, in denen sie nie waren und die sie nicht kennen.

Menschenrechte, sagt Judith, seien für manche unbequem, aber eben keine »Schönwetterrechte«. Es brauche eine klare Vision dafür, wofür diese universell geltenden Rechte stehen und was sie für jeden von uns bedeuten. Nötig sei solidarisches Handeln wie die Refugee Law Clinic oder die Tauschbörsen für Geflüchtete, die Bezahlkarten nutzen müssen. Zudem brauche es positive Geschichten über Migration. Als Beispiel nennt sie die große Flüchtlingsbewegung ab 2015. Viele damals nach Deutschland gekommene Menschen seien heute Teil der Gesellschaft. »Wir haben vielleicht nicht alles geschafft«, sagt Judith, »aber vieles.«